



Postulat Nr. 320 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 17. September 2007

Der Sicherheitsbericht ist mangelhaft und muss ergänzt werden

Der im Mai 2007 erstellte und erst am 20. August veröffentlichte Sicherheitsbericht der Stadt Luzern ist trotz seiner Fülle von 150 Seiten lücken- und mangelhaft. So fehlen fundierte Aussagen (inkl. Ausmass der angeführten Punkte und Gefahreneinschätzung) zu folgenden namhaften Sicherheitsrisiken:

- Drogenhandel
- Schutzgelderpressungen
- Terrorismus
- Frauenhandel
- Jugend- und Ausländerkriminalität

Der **Drogenhandel** ist in der Stadt Luzern präsent und wird mit der Eröffnung des Fixerraumes eher zunehmen.

Schutzgelderpressungen sind ein verstecktes, aber virulentes Problem, welches auch KMUs und Privatpersonen in der Stadt Luzern betrifft. Italienisch stämmige Mitbürger mit oder ohne Schweizer Pass sind davon betroffen (Mafia), ebenso Mitbürger mit tamilischen Wurzeln (Tamil Tigers). Ebenso tätig sind hier Banden aus dem Kosovo, Russland und China, welche auch dieses „Geschäft“ bewirtschaften.

Die Gefahr des **Terrorismus** wird im Sicherheitsbericht als Gefährdungspotential eindeutig zu tief taxiert (S. 108 Risikomatrix). Die Stadt Luzern wäre als Touristen-, Kongress- und Konzertstadt (KKL) für allfällige Anschläge in der Schweiz sicher eines der ersten Ziele. Auch die Luzerner Behörden müssen sich hierzu Gedanken machen und dürfen die Verantwortung nicht auf die Bundesbehörden abschieben.

Auch der **Frauenhandel** (Prostitution) gehört in einen Sicherheitsbericht. Er ist, neben dem Drogenhandel und den Schutzgelderpressungen, ein „Geschäftszweig“ der organisierten Kriminalität.

Die **Jugend- und Ausländerkriminalität** ist ein Thema, das aus politischen und weltanschaulichen Gründen nicht einfach ausgeklammert bzw. sehr summarisch abgehandelt werden darf. Gewaltakte von Jugendlichen an Jugendlichen sind ein Thema, welches viele Eltern auch hier in der Stadt Luzern beschäftigt

Auch nicht ausgeklammert werden darf die Tatsache, dass die häusliche Gewalt von Ausländern gegen ausländische Frauen und Lebenspartnerinnen ein Problem ist, welches die Stadtpolizei beschäftigt.

Die SVP bittet den Stadtrat, den Sicherheitsbericht mit den aufgeführten Punkten zu ergänzen.

Urs Wollenmann
namens der SVP-Fraktion